

DER LANDWIRTSCHAFT

ZEITSCHRIFT FÜR LANDWIRTSCHAFTSRECHT
UND AGRARUMWELTRECHT

Posteingang

31. MRZ. 2012

HERAUSGEBER

Verleger Eberhard Rauschenbusch

RA Dr. Harald Kollrus

64. Jahrgang

ISSN 0486-1469 · Nr. 02

Februar 2012

INHALTSVERZEICHNIS

A. ABHANDLUNGEN

Diplomverwaltungswirt Joachim Netz, Kassel: Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur und volkswirtschaftliche Belange im Sinne des GrdstVG unter Berücksichtigung des Agrarpolitischen Berichts 2011	29
Rechtsanwalt Dr. Harald Kollrus, Uffing a. Staffelsee: Wildschadensersatzvereinbarungen in Jagdpachtverträgen	32
Umschau	36

B. ENTSCHEIDUNGEN DER GERICHTE UND BEHÖRDEN

1. BVerwG: Normenkontrolle eines Bebauungsplans	36
2. BVerwG: Wohn- und Wochenendhausnutzungen im Waldgebiet	38
3. VGH Bad.-Württ.: Landschaftsbildveranstaltung durch Milchviehstallerrichtung	39
4. OVG NRW: Bewertungsmaßstäbe für Jägerprüfung	42
5. Bay VGH: Wertermittlung für „Wald“	43
6. Bay VGH: Nachsichtgewährung bei Widerspruchsversäumung	45
7. Nds. OVG: Beitragserhebung bei Tierbestandsvergrößerung	46
8. Bay VGH: Hauptfutterflächenberechnung bei Mindestviehbestand	47
9. OLG Celle: Wirtschaftsfähigkeit zur Eigenbewirtschaftung	50
10. BGH: Anwaltsverschulden bei Unterschriftsleistung	55

C. SCHRIFTTUM

Buchbesprechung	56
-----------------------	----

Erzeugung von Windenergie benötigt werden. Dies gilt insbesondere, wenn es um Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energie geht. Derartige Belange vermögen den Versagungsgrund der ungesunden Bodenverteilung nur auszuräumen, wenn das Grundstück tatsächlich hierfür benötigt wird. Befindet sich das vorgesehene Projekt zum Zeitpunkt der Ausübung des Vorkaufsrechts noch im Planungsstadium, ist eine Prognoseentscheidung erforderlich, ob die erforderlichen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen mit hoher Wahrscheinlichkeit erteilt werden.³⁶

Mit der Frage des allgemeinen volkswirtschaftlichen Belanges hat sich zuletzt ausführlich der BGH mit Beschluss vom 15.04.2011 – BLw 12/10, RdL 2011, S. 270 f. auseinandergesetzt. Danach kann der Erwerb eines landwirtschaftlichen Grundstücks zur Errichtung einer Windkraftanlage nach § 9 Abs. 6 GrdstVG genehmigt werden, wenn die Sicherung und der Ausbau einer die Umwelt schonenden Energieversorgung zu den zu berücksichtigenden allgemeinen volkswirtschaftlichen Belangen gehört. Dabei ist in den Genehmigungsverfahren nach dem Grundstücksverkehrsgesetz die Genehmigungsfähigkeit der Anlage inzident zu prüfen, wenn die erforderliche Genehmigung zwar bereits beantragt, aber noch nicht erteilt worden ist. Ein dem Bau und dem Betrieb einer Windenergieanlage dienender Erwerb eines landwirtschaftlichen Grundstücks entspricht nämlich nur dann volkswirtschaftlichen Belangen im Sinne von § 9 Abs. 6 GrdstVG, wenn diese nach den einschlägigen Vorschriften (hier nach § 4 BImSchG) auch errichtet werden darf. Dazu bedarf es einer Prognose über die Erteilung der

³⁶ OLG Jena, Beschl. v. 28.10.2010 – Lw U 391/10, RdL 2011, S. 23 ff.

beantragten Anlageneignung. § 9 Abs. 6 GrdstVG rechtfertigt die Veräußerung landwirtschaftlicher Grundstücke für gewerbliche Zwecke nur in dem Umfang, wie sie für diese Zwecke wirklich benötigt werden.³⁷

Soll das Grundstück als Abstandsfläche für eine auf dem Nachbargrundstück betriebene Anlage erworben werden, kommt nach § 9 Abs. 6 GrdstVG eine Genehmigung nur eines zeitlich begrenzten Erwerbs zum Zweck der Bestellung einer Dienstbarkeit in Betracht, verbunden mit der Auflage, das Grundstück anschließend an einen Landwirt zu veräußern. Der Erwerb eines landwirtschaftlich genutzten Grundstücks zur Sicherung von Abstandsflächen ist grundsätzlich zu versagen, weil die Veräußerung an einen Nichtlandwirt zu einer Verschlechterung der Agrarstruktur führt und ein Erwerb durch den Betreiber der Windkraftanlage zu diesem Zweck auch unter Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Belange nach § 9 Abs. 6 GrdstVG nicht erforderlich ist. In diesem Fall ist der Versagungsgrund durch eine Veräußerungsaufgabe nach § 10 Abs. 1 Nr. 2 GrdstVG zu beheben.

Zusammenfassung: Es bleibt zusammenfassend festzuhalten, dass der Versagungsgrund der ungesunden Verteilung von Grund und Boden (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 GrdstVG) nicht vorliegt, wenn eine wie zuvor besprochene Maßnahme zur Verbesserung der Agrarstruktur vorliegt, diese nach einschlägigen Vorschriften durchgeführt werden darf und die Flächen für diese Zwecke auch wirklich benötigt werden.

³⁷ OLG Hamm, RdL 1980, 156, 157.

Wildschadensersatzvereinbarungen in Jagdpachtverträgen

von Rechtsanwalt Dr. Harald Kollrus, Uffing a. Staffelsee

I. Der Wildschadensersatz als Kostenrisiko

Jagdpächter verpflichten sich gem. § 29 I 3 BJagdG in Jagdpachtverträgen häufig zur Übernahme des Wildschadensersatzes. Allein schon mit Vermehrung und Ausbreitung der Schwarzwildbestände nehmen die zu regulierenden Wildschäden und damit die Schadensersatzleistungen für so manchen Pächter z.T. erhebliche Ausmaße an. Wenn dann noch eine effektive Jagdbewirtschaftung ganzer Schläge durch flächendeckenden Anbau von Mais oder anderen hochwachsenden Kulturen unmöglich wird, kann sich die Abwälzung von Wildschadensersatz für den Jagdpächter zu einem nicht mehr beeinflussbaren und unkalkulierbaren Kostenrisiko entwickeln.¹

Verteidigungsmittel gegen Wildschadensersatzansprüche: Teilweise führen Wildschadensersatzansprüche bereits aus formell-rechtlichen Gründen nicht zum Erfolg, etwa weil die Schäden nicht binnen der einwöchigen, von Amts wegen zu berücksichtigenden Ausschlussfrist bei der zuständigen Behörde ausreichend substantiiert an- bzw. nachgemeldet wurden (§ 34 BJagdG).² In der forensischen Praxis entzündet sich der Rechtsstreit indes vor allem in materiell-rechtlichen Fragestellungen. Der Beitrag konzentriert sich deshalb auf die wesentlichen Verteidigungsmittel (§ 282 I ZPO), insbesondere auf die Kausalitätsproblematik und Einwendungen zum Mitverschulden.

Den ersten Ansatzpunkt bietet allerdings die Anspruchsgrundlage selbst. Der Wildschadensersatzanspruch wird in §§ 29 ff. BJagdG abschließend normiert (arg. e §§ 21 II, 27 BJagdG), darin aber nur eingeschränkt gewährt.³ Gem. § 29 I 1 BJagdG werden nur Schäden von Schalenwild (§ 2 III BJagdG), Wildkaninchen und Fasanen (sog. „Schadenswild“) und diese nur an Grundstücken selbst, an dessen wesentlichen Bestandteilen (§§ 93, 94, 99 BGB) sowie an getrennten Erzeugnissen ersetzt, solange diese noch nicht eingeerntet wurden (§ 31 I BJagdG). Andere Sach- und Personenschäden, u. a. Schäden an Scheinbestandteilen (§ 95 BGB), z. B. an Schutzzäunen, sind nicht erstattungsfähig.⁴

¹ Kuhn, DJZ 2011, 22 (25 ff.); Wetzel, AUR 2010, 70; vgl. BT-Drucks. 58/11, S. 6; AG Siegburg v. 16.02.2011 – 118 C 486/10, BeckRS 2011, 17834; Moog, AUR 2011, 300 (301 f.); v. Pückler, WuH 2007, 112 (113).

² BGH v. 05.05.2011 – III ZR 91/10 Rn. 16 f., MDR 2011, 849; v. 15.04.2010 – III ZR 216/09 Rn. 11, 13, 19 f., MDR 2010, 864 = NJW-RR 2010, 1398 = RdL 2010, 183 = VersR 2010, 1318 (1320) m. krit. Anm. v. Meyer-Ravenstein, AUR 2011, 8 (10).

³ BGH v. 22.04.1974 – III ZR 21/72 Rn. 6, AUR 1974, 249 = BGHZ 62, 265 = MDR 1974, 829 = NJW 1974, 1240 = RdL 1974, 210; Bendel, AUR 1975, 273 (274); Dietlein, AUR 1996, 241 (242 f.); Metzger, in: Lorz/Metzger/Stöckel, JagdR FischereiR, 4. A. 2011, BJagdG § 29 Rn. 6; Stamp, in: Schuck, BJagdG, 2010, § 29 Rn. 2, 6; Staudinger/Belling, BGB, 2008, § 835 Rn. 22.

⁴ BGH v. 04.11.2010 – III ZR 45/10 Rn. 10, 12, MDR 2011, 64 = NJW 2011, 852 = RdL 2011, 64; Staudinger/Belling, s. Fn. 3, § 835 Rn. 7; Thies, Wild- und Jagdschaden, 9. Aufl. 2011, S. 15 m.w.N.

Zurechnungszusammenhang: Gerade für Wildschäden kann sich ein Bestreiten des Zurechnungszusammenhangs als wirkungsvoll erweisen, sei es im Hinblick auf die ratio legis, sei es aus beweisrechtlichen Gründen. 1. lässt der Schutzzweck des § 29 BJagdG den Zurechnungszusammenhang zwischen Schadensursache und Wildschaden entfallen, wenn Schäden auf landwirtschaftlichen Stillelegungsflächen, zur Ablenkungsfütterung vorgesehene Wildäcker oder rechtswidrig genutzte Grundstücke entstanden sind.⁵ Nach h. M.⁶ sind 2. befriedete Bezirke wie z. B. Golf-, Spiel- und Sportplätze, Friedhöfe, kraft ratio legis vom Wildschadensrecht ebenfalls ausgenommen. Denn in befriedeten Bezirken ruht gem. § 6 S. 1 BJagdG die Jagd, so dass ein Jagdausübungsberechtigter aus diesen Grundstücksflächen – quasi als Kompensation – auch keinen jagdwirtschaftlichen Vorteil zu ziehen vermag. Es wäre deshalb nicht einsehbar, warum der Jagdausübungsberechtigte in diesen Fällen verschuldensunabhängig Wildschaden zu tragen hätte. 3. enthalten Art. 20 a GG, §§ 1 BNatSchG, 11 II BJagdG, 11 I 1 BWaldG das ökologische Nachhaltigkeitsprinzip als Inhalts- und Schrankenbestimmung zum Grundeigentum (Art. 14 I 1 GG),⁷ weshalb in Land- und Forstwirtschaft wohl ein gewisser Wildschaden durch herrenloses Wild (§ 960 I BGB) als naturgegeben und entschädigungslos hinzunehmen ist.

Mitverschulden: Ergänzend wird Mitverschulden (§§ 31 II 2, 32 I BJagdG, 254 BGB) in zweierlei Hinsicht als rechtshindernde Einwendung bedeutsam, einmal im Hinblick auf die Schadensminderung durch eine geeignete land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung, und zum anderen hinsichtlich der Verhinderung einer effektiven Jagdbewirtschaftung. Die Pflichten zur Nachsaat bzw. zum Wiederanbau (§ 31 II 2 BJagdG) und zur Herstellung üblicher Schutzvorrichtungen (§ 32 II BJagdG) sowie das Verbot, Schutzvorrichtungen unwirksam zu machen (§ 32 I BJagdG), enthalten nämlich keine abschließenden Regelungen der Schadensminderung und schließen andere Mitverschuldenstatbestände

⁵ AG Bernkastel-Kues v. 25.04.1996 – 4 C 85/96, JE IX Nr. 99; Palandt/Grüneberg, BGB, 70. A. 2011, Vorb v § 249 Rn. 31; Metzger, in: Lorz/Metzger/Stöckel, s. Fn. 3, § 29 Rn. 3; Stamp, in: Schuck, s. Fn. 3, § 29 Rn. 12, 21; Thies, s. Fn. 4, S. 15 f.

⁶ BGH v. 04.03.2010 – III ZR 233/09 LS 1 u. Rn. 7 ff., BGHZ 184, 334 = JZ 2010, 1125 = MDR 2010, 865 = NJW 2010, 1608 = RdL 2010, 181, zum Meinungsstreit; Belling, JZ 2010, 1128; Metzger, in: Lorz/Metzger/Stöckel, s. Fn. 3, § 29 Rn. 3; Meyer-Ravenstein, AUR 2010, 195; Staudinger/Belling, s. Fn. 3, § 835 Rn. 6; a. A.: LG Stade v. 04.08.2009 – 3 S 22/08 Rn. 32, BeckRS 2010, 07547, auf das Bundesland Niedersachsen beschränkt.

⁷ Agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung 2011, BT-Drucks. 17/5810 Rn. 86, 113 f., 124 ff.; Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt, BT-Drucks. 16/7082, Kap. B.2.4. C.6, C.7; Jarass, in: Jarass/Pieroth, GG, 11. A. 2011, Art. 14 Rn. 61, Art. 20 a Rn. 10, 15.

nicht aus (arg. historicum e §§ 835 BGB a. F., 35 Badisches JagdG a.F.).⁶

Vor diesem Hintergrund wurde Mitverschulden von Geschädigten bspw. über diese gesetzlich geregelten Tatbestände hinaus angenommen, wenn die Geschädigten, einzelfallbezogen auf den konkreten Standort, durch ihre unsachgemäße Bewirtschaftung (z. B. Einpflügen von Bodenfrüchten, unsaubere Ernte, wirtschaftlich unsinniger Wiederaufbau),⁹ den Schaden durch die stärkere Gefährdung wegen des Anbaus neuartiger Pflanzen¹⁰ oder jedenfalls durch Unterlassen rechtzeitiger Hinweise auf diesen Anbau oder auf schadensträchtige Reifezeiten¹¹ (§ 254 II 1 BGB) begünstigt haben. Die Anmeldung bzw. Nachmeldung eines Schadens gem. § 34 BJagdG nimmt insofern eine Doppelfunktion ein, zum einen für die Schadensfeststellung (§ 34 S. 1 BJagdG) und zum anderen in puncto Schadensabwendungs- und -minderungspflicht i.S.d. § 254 II BGB.¹² Bei vergleichbarer Qualität und wirtschaftlicher Ertragskraft ist Saatgut weniger gefährdeter Pflanzensorten einzusetzen.¹³

Hinsichtlich der jagdwirtschaftlichen Vermeidung von Wildschäden kann sich Mitverschulden aus der Weigerung der Anlegung bzw. Duldung von Schutz- und Abwehrmaßnahmen (vgl. §§ 32 I, 26 BJagdG),¹⁴ insbesondere von Bejagungstreifen in Maiskulturen und anderen hochwachsenden Pflanzungen als Sichtachsen und entlang des Waldrandes,¹⁵ aber auch von sonstigen Wildtiermanagementmaßnahmen¹⁶ sowie aus der Obliegenheit zur monatlichen, u. U. sogar zweiwöchentlichen oder wöchentlichen Kontrolle (arg. e § 34 S. 1 BJagdG)¹⁷ ergeben. Mitverschulden ist stets mit der Frage nach der Zumutbarkeit schadensvermeidender oder -mindernder Maßnahmen für den Geschädigten verbunden.¹⁸ Soweit ein Geschädigter staatliche schadenskonkrete Subventionen bezogen hat oder fiktiv hätte erhalten können, sind sie ihm unter den in Rspr. und Lit. aufgestellten Voraussetzungen der Vorteilsausgleichung anzurechnen.¹⁹ Wegen § 254 II 1 BGB gilt dies auch für Präventivmaßnahmen. Einige Bundesländer legten Subventionsprogramme für Blühstreifen und -flächen sowie für Maßnahmen zur Biotopverbesserung auf. Bei geförderten Aufforstungen ist grundsätzlich auch der Schutz der Kultur förderfähig, was in einigen Bundesländern auch Einzelerschutz oder den Wildschutzzaun mit einschließt. Bejagungsschneisen und Blühstreifen gelten zudem als beihilfefähige Flächen für Stützungszahlungen.²⁰ Die quotale Höhe der Mitverschuldensbeiträge ist gem. § 254 I BGB durch tatrichterliche Würdigung und Abwägung aller Umstände zu ermitteln. Prozessual eröffnet sich damit ein weiter tatrichterlicher Ermessensspielraum (§ 287 I

ZPO).²¹ Das Ausmaß eines Mitverschuldensbeitrages lässt sich folglich auf die Schadenshöhe im Vorhinein nur schwer abschätzen.

II. Besonderheiten der Beweisaufnahme

Nachdem die land- und forstwirtschaftlichen Schäden ständigen Natureinflüssen ausgesetzt sind, werden Schadensfeststellung und Beweissicherung umso mehr erschwert, je länger sich der Termin für die Schadensbegutachtung hinauszögert. Beweisprobleme für den beweislspflichtigen Geschädigten bei der Feststellung von Schadensursache und -höhe sind damit vorprogrammiert.²²

Speziell für forstwirtschaftliche Schäden bestehen zusätzliche Probleme der Schadensschätzung darin, dass ihre finanziellen Auswirkungen erst in ferner Zukunft eintreten (vgl. § 31 II 1 BJagdG).²³ Insofern bergen gerichtliche Verfahren für beide Parteien hohe Rechtsrisiken in sich.²⁴ Unabhängig davon stehen die Verfahrenskosten für die Ermittlung der einzelnen Wildschäden häufig außer Verhältnis zum begutachteten Schaden.²⁵

Vertragliche Haftungsbeschränkungen: Schon allein aus Gründen der Prozessökonomie ist daher kautelarjuristisch empfehlenswert, in Jagdpachtverträgen dezidierte Wildschadensersatzregelungen aufzunehmen. Generell wird, wie bei jeder Vertragsgestaltung, ein möglichst hoher Bestimmtheitsgrad bei den vertraglichen Regelungen die erstrebte präventive, streitvermeidende Wirkung erhöhen,²⁶ um ein Prozessrisiko infolge einer nicht vorhersehbaren Vertragsauslegung (§§ 133, 157 BGB) durch das Gericht weitestgehend zu vermeiden.²⁷ Die Rechtsklarheit wird durch den prozessrechtlichen Grundsatz der Vollständigkeit und Richtigkeit einer Urkunde verstärkt, so dass der Vertragsinhalt im Hinblick auf die Beweislast als vollständig und richtig vermutet wird.²⁸

Nachdem ein Pächter gem. § 29 I 3 BJagdG nur insoweit haftet, als er die Wildschadensersatzhaftung vertraglich übernommen hat, steht ihm je nach Verhandlungsposition die gesamte Bandbreite zivilrechtlicher Haftungsbeschränkungen zur Verfügung.²⁹ Sofern eine Ersatzpflicht überhaupt übernommen wird, reichen sie von der Vereinbarung von Geschäftsgrundlagen (§ 313 BGB) z. B. in Präambeln (mit einem nur geringem Bindungsgrad)³⁰ über die Definition einzelner Tatbestandsmerkmale des gesetzlichen Anspruchs und/oder dessen Abbedingung in seiner Rechtsfolge, was zu mehr oder weniger starken individuellen Modifikationen des

⁶ Erman/Ebert, BGB, 13. A. 2011, § 254 Rn. 7 f.; Lauen, in: LJV Bayern, Jagdrechtsseminar Wildschadensersatz, 2. A. 1998, S. 39, 41; Metzger, in: Lorz/Metzger/Stöckel, s. Fn. 3, § 31 Rn. 4, § 32 Rn. 1; Stamp, in: Schuck, s. Fn. 3, § 32 Rn. 1; Staudinger/Belling, s. Fn. 3, § 835 Rn. 18; a. A. wohl Erman/Schiemann, s. Fn. 8, § 835 Rn. 2, nach dessen Rechtsmeinung § 254 BGB durch § 32 BJagdG verdrängt werde.

⁹ BGH v. 04.11.2010 – III ZR 45/10 Rn. 12, s. Fn. 4; LG Schwerin v. 08.11.2002 – 6 S 269/01, JE IX Nr. 130; Bendel, s. Fn. 3 (276); Lauen, in: LJV Bayern, s. Fn. 8, S. 39, 49; Stamp, in: Schuck, s. Fn. 3, § 29 Rn. 45; Staudinger/Belling, s. Fn. 3, § 835 Rn. 18; Wetzel, s. Fn. 1 (73); vgl. AG Siegburg v. 16.02.2011 – 118 C 486/10, s. Fn. 1; vgl. Erstattungsabschlusregelungen der §§ 45 II, III ThJG, 48 SächsLJG.

¹⁰ Stamp, in: Schuck, s. Fn. 3, § 29 Rn. 45; Wetzel, s. Fn. 1 (73).

¹¹ BGH v. 15.04.2010 – III ZR 216/09 Rn. 19, s. Fn. 2, m. krit. Anm. v. Meyer-Ravenstein, s. Fn. 2; AG Siegburg v. 16.02.2011 – 118 C 486/10, s. Fn. 1; Lauen, in: LJV Bayern, s. Fn. 8, S. 39, 59; Staudinger/Belling, s. Fn. 3, § 835 Rn. 18; Wetzel, s. Fn. 1 (73).

¹² BGH v. 05.05.2011 – III ZR 91/10 Rn. 17, s. Fn. 2; BGH v. 15.04.2010 – III ZR 216/09 Rn. 9 ff., 19, s. Fn. 2 (VersR 1319 f.).

¹³ Vgl. Wolfram, Pirsch 18/2011, 23, zur geringeren Schadenanfälligkeit von Grannenweizen; Waltmann, Jäger 10/2011, 48 (52), nach dessen Untersuchung sich bei Schwarzwild keine Präferenzen für bestimmte Pflanzensorten feststellen ließen.

¹⁴ Stamp, in: Schuck, s. Fn. 3, § 29 Rn. 12, 46, 50 f., Zug um Zug gegen Kostenerstattung; Staudinger/Belling, s. Fn. 3, § 835 Rn. 18; Thies, s. Fn. 4, S. 9 ff., 23, 35 f.; vgl. Metzger, in: Lorz/Metzger/Stöckel, s. Fn. 3, § 29 Rn. 4, ohne Bedingung einer Kostenerstattung; Wetzel, s. Fn. 1 (73).

¹⁵ Leppmann, Jäger 6/2011, 34; Staudinger/Belling, s. Fn. 3, § 835 Rn. 22; Thies, s. Fn. 4, S. 23, 44, allerdings nur die Duldung von Bejagungstreifen, nicht deren aktive Anlegung; Wetzel, s. Fn. 1.

¹⁶ Vgl. Herzog, Pirsch 22/2011, 14 (16).

¹⁷ BGH v. 15.04.2010 – III ZR 216/09 Rn. 13, 19, s. Fn. 2 (VersR 1319); AG Siegburg v. 16.02.2011 – 118 C 486/10, s. Fn. 1; Thies, s. Fn. 4, S. 29; Wetzel, s. Fn. 1 (73); a. A.: LG Rostock v. 08.07.2009 – 1 S 141/08 Anm. II, 2 b), BeckRS 2010, 00805.

¹⁸ BGH v. 05.12.1995 – VI ZR 398/94, NJW 1996, 652 (653); Erman/Ebert, s. Fn. 8, § 254 Rn. 22; Palandt/Grüneberg, s. Fn. 5, § 254 Rn. 39 ff.

¹⁹ Erman/Ebert, s. Fn. 8, § 254 Rn. 116, u. Palandt/Grüneberg, s. Fn. 5, § 254 Rn. 36, zur Anrechnung von Steuervorteilen.

²⁰ Vgl. Leppmann, s. Fn. 15.

²¹ BGH v. 04.11.2010 – III ZR 45/10 Rn. 16 ff., s. Fn. 4; OLG Stuttgart v. 20.12.2007 – 9 U 92/07, Anm. II, 4., BeckRS 2008, 09248; Erman/Ebert, s. Fn. 8, § 254 Rn. 83, 115; Palandt/Grüneberg, s. Fn. 5, § 254 Rn. 57, 72; Unberath, in: Bamberger/Roth, BeckOK BGB, Stand 01.03.2011, § 254 Rn. 51, 68.

²² BGH v. 05.05.2011 – III ZR 91/10 Rn. 16, s. Fn. 2; v. 15.04.2010 – III ZR 216/10 Rn. 10, s. Fn. 2 (VersR 1319); AG Siegburg v. 24.09.2010 – 111 C 150/08, BeckRS 2010, 25047.

²³ BGH v. 04.11.2010 – III ZR 45/10 Rn. 16, s. Fn. 4; Moog, s. Fn. 1 (301 f.); vgl. Meyer-Ravenstein, s. Fn. 2 (9).

²⁴ BGH v. 04.11.2010 – III ZR 45/10 Rn. 16, 18, s. Fn. 4; v. 15.04.2010 – III ZR 216/09 Rn. 10, s. Fn. 2, m. Anm. v. Meyer-Ravenstein, s. Fn. 2; v. 14.03.1996 – III ZR 139/93 Rn. 8, 11 f., AUR 1996, 264 = MDR 1996, 692 = NJW-RR 1996, 792 = RdL 1996, 150; AG Bernkastel-Kues v. 28.04.2005 – 4 C 711/04 Rn. 20 ff., JE IX Nr. 152; Bendel, s. Fn. 3; Lauen, in: LJV Bayern, s. Fn. 8, S. 39, 50, 59; Metzger, in: Lorz/Metzger/Stöckel, s. Fn. 3, § 29 Rn. 4; Moog, s. Fn. 1 (300 f.), mit dem Hinweis auf die derzeit bestehende uneinheitliche Rspr. aufgrund fehlender grds. Kommentierungen; Stamp, in: Schuck, s. Fn. 3, § 31 Rn. 4 f.; Thies, s. Fn. 4, S. 5; vgl. Palandt/Grüneberg, s. Fn. 5, § 254 Rn. 57, 64, 72.

²⁵ Moog, in: Einfeld/Huss/Oesten/Uerpmann/Volz, Wald und Schalenwild, 2000, S. 116; Moog/Niebler, Vertragliche Regelungen zur Vermeidung und zum Ersatz von Wildschäden im Wald, 2. A. 1997, S. 10.

²⁶ Heussen, in: Heussen, Handbuch Vertragsverhandlung und Vertragsmanagement, 3. A. 2007, Teil 2 Rn. 288, 290; Langenfeld, Grundlagen der Vertragsgestaltung, 2. A. 2010, § 4 Rn. 6; vgl. LG Rottweil v. 28.10.2009 – 6 O 20/09 LS u. Rn. 52, 69, BWGZ 2010, 54; Lauen, AUR 2010, 233 (234).

²⁷ Vgl. OLG Bamberg v. 21.06.2007 – 1 U 169/06 Anm. II, (3), (4) (b), BeckRS 2007, 11282.

²⁸ BGH v. 05.07.2002 – V ZR 143/01 LS a), b) u. Anm. II, 1. a), DB 2002, 2646 = MDR 2002, 1361 (1362) = NJW 2002, 3164 f., und FG München v. 09.12.2008 – 12 K 4221/05 Rn. 50, BeckRS 2008, 26030193, jeweils zu den Anforderungen an den Inhalt der Urkunde; BGH v. 05.02.1999 – V ZR 353/97 LS u. Rn. 8, DB 1999, 1318 = MDR 1999, 759 = NJW 1999, 1703; OLG Hamm v. 10.02.2009 – 10 W 121/08 LS Nr. 2 u. Rn. 46, BeckRS 2009, 12024; Erman/Arnold, s. Fn. 8, § 125 Rn. 29, § 133 Rn. 39, u. Palandt/Ellenberger, s. Fn. 5, § 125 Rn. 21, wonach jeweils an den Gegenbeweis erhöhte Anforderungen zu stellen sind; Mustielak, ZPO, 8. A. 2011, § 286 Rn. 51; Staudinger/Belling, s. Fn. 3, § 835 Rn. 19; Wendtland, in: Bamberger/Roth, s. Fn. 21, § 125 Rn. 18; vgl. LG Rottweil v. 28.10.2009 – 6 O 20/09 LS u. Rn. 52, 69, s. Fn. 26.

²⁹ Moog, in: Einfeld/Huss/Oesten/Uerpmann/Volz, s. Fn. 25, S. 114.

³⁰ Ott/Pischel, in: Heussen, s. Fn. 26, Teil 6 Rn. 112 f.

gesetzlichen Schadensersatzanspruchs führt, bis hin zu einer abschließenden Regelung des Wildschadensersatzes. So lässt sich etwa mit Hinweisen zu Anzahl und betragsmäßiger Höhe der Wildschadensregulierungen vergangener Jagdjahre die Geschäftsgrundlage zur Vertragsauslegung (§§ 133, 157 BGB) für das Äquivalenzverhältnis zwischen Leistung (Jagdausübungsrecht, §§ 11 I, 1 IV BJagdG) und Gegenleistung i.S.d. finanziellen Gesamtbelastung Jagdpachtzins (§ 11 I 1 BJagdG, 581 I 2 BGB) und Wildschadensersatz begründen.³¹

Vertragliche Definitionen von Tatbestandsmerkmalen des gesetzlichen Schadensersatzanspruchs, wie sie in praxi häufig beim unbestimmten Rechtsbegriff „Hauptholzarten“ i.S.d. § 32 II 1 BJagdG vorkommen,³² dienen nicht nur der Rechtsklarheit. Damit kann gleichzeitig die Haftung auf den definierten Sachverhalt festgelegt werden. Um nicht Gefahr zu laufen, dass die Vertragsklausel nur als Beweiserleichterung zugunsten des Verpächters für einen nicht abschließend geregelten Teilsachverhalt, sondern als abschließende Abbedingung des gesetzlichen Tatbestandsmerkmals ausgelegt wird, sollte die Regelung möglichst eindeutig formuliert sein.³³

Vergegenwärtigt man sich die hohe Anzahl veröffentlichter Entscheidungen, besteht gerade bei der individuell zu beantwortenden Rechtsfrage nach einem Haftungsausschluss für Freilandpflanzungen von Gartengewächsen (§ 32 II 1 BJagdG) eine erhebliche Rechtsunsicherheit,³⁴ weil die Abgrenzung zum nicht schützenswerten „Feldgewächs“ allein der tatrichterlichen Sachwürdigung unterliegt, ob die zur Beurteilung stehende herkömmliche Gartenpflanze bereits eigenes Gewicht in der landwirtschaftlichen Erzeugung der betreffenden Region hat. Bedeutung und Gewicht des Anbaus werden an einer Vielzahl von Kriterien gemessen, u.a. die Größe der Anbaufläche, Umsatz- und Ertragszahlen, Anzahl der eingesetzten Beschäftigten und Anteil an der Gesamtackerfläche bzw. gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche der betreffenden Region.³⁵

Besonders hier würde sich für den Pächter, falls sich eine abschließende Regelung nicht durchsetzen lässt, wenigstens präventiv anbieten, einige der in Frage kommenden Gewächse von dieser Haftung auszuschließen. Haftungsbeschränkungen lassen sich schließlich mit Regelungen erzielen, worin die Schadensersatzverpflichtung regional beschränkt nur für bestimmte Grundstücksflächen³⁶ oder in der Rechtsfolge nur in Höhe einer Quote des festgestellten Schadens und/oder ähnlich einer Höchstbetragsbürgschaft bis zu einem jährlichen Maximalbetrag übernommen wird.³⁷

III. Die Rechtmäßigkeit von Wildschadensersatz- und -verhütungspauschalen in Formularverträgen

Größtmögliche Kalkulationssicherheit bietet die Vereinbarung von Pauschalen.³⁸ Soweit Jagdpachtverträge auf Basis von Formularen geschlossen werden, was die Regel sein dürfte, müssen sich Formularverträge an den Schutzvorschriften der §§ 305 ff. BGB messen lassen.³⁹ Demgemäß gelten Wildschadensersatz- und Wildschadensverhütungsvereinbarungen in formularmäßigen Jagdpachtverträgen zwar grds. als nicht überraschend (§ 305 c I

BGB),⁴⁰ weil beide Rechtsbegriffe, Wildschadensersatz und Wildschadensverhütung, dem im Verpachtungsangebot angesprochenen Kundenkreis, der Jägerschaft, als bekannt unterstellt werden dürfen.⁴¹ Insbesondere der Rechtsbegriff „Wildschadensverhütung“ wird von der h.M. als bestimmbar angesehen. Er ist deshalb weder mehrdeutig i.S.v. § 305 c II BGB, noch widerspricht er dem Transparenzgebot (§§ 305 II Nr. 2, 307 I 2 BGB).⁴² Falls die Vertragsklausel über den Grundsatz der Vollständigkeit und Richtigkeit einer Urkunde zur Beweislastumkehr führt, wäre dies von § 305 Nr. 12 BGB gedeckt.⁴³

Analysiert man hierzu die Veröffentlichungen, wird die uneinheitliche Rechtsprechung deutlich, ob Vertragsklauseln als Schadenspauschale oder als besondere Form des Jagdpachtzins auszulegen sind (§§ 133, 157 BGB). Vereinbarungen zum Jagdpachtzins unterliegen nach § 307 III 1 BGB keinen besonderen Klauselverboten, weil Leistungsangebote und Preise wegen der in Art. 1, 2 I GG geschützten Privatautonomie⁴⁴ einer gerichtlichen Überprüfung durch §§ 307 ff. BGB entzogen bleiben.⁴⁵ Im Gegensatz dazu sind Vereinbarungen mit Schadensersatzcharakter, d.h. Vereinbarungen über die Abgeltung von Wildschäden nur dann wirksam, wenn zum einen ihre Höhe den nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge zu erwartenden Schaden nicht übersteigt (§ 309 Nr. 5 a) BGB) und zum anderen dem Jagdpächter ausdrücklich der Nachweis gestattet ist, dass entweder überhaupt kein Schaden oder ein wesentlich geringerer Schaden als die vereinbarte Pauschale eingetreten sei (§ 309 Nr. 5 b) BGB).⁴⁶

Nachdem Pauschalierungsregelungen wirtschaftlich oft nur Sinn machen, wenn sie für beide Parteien verbindlich sind, entsprechen die Vertragsklauseln häufig nicht den Anforderungen des § 309 Nr. 5 BGB. In diesen Fällen hängen Erfolg und Mißerfolg gerichtlicher Verfahren allein vom Ergebnis der Auslegung dieser Klauseln ab. So werden Vereinbarungen zur Wildschadensverhütung wegen ihrer Präventionswirkung nicht als Preisnebenabreden mit Schadensersatzcharakter i.S.v. § 309 Nr. 5 BGB, sondern als Teil des Pachtpreises selbst, also als unmittelbare Preisregelung angesehen.⁴⁷ Hierunter fallen nach h.M.⁴⁸ Vereinbarungen mit dem Inhalt, dass ein für Wildschadensersatz nicht verbrauchter Geldbetrag für Maßnahmen zur Wildschadensverhütung zu verwenden ist. Selbst Vereinbarungen, in denen sich eine Wildschadensersatzpauschale nicht auf die gesamte Pachtfläche, sondern nur auf bestimmte Grundstücke erstreckt, wurden als Teil eines Gesamtpreises ausgelegt.⁴⁹ Werden in einem Pachtvertrag verschiedene Zahlungsbeträge undifferenziert „zur Verhütung und Abgeltung von Wildschäden“ unter dem Begriff „Wildschadenspauschale“ zusammengefasst und mit der Jagdpachtvereinbarung in Bezug gesetzt, so kann diese Vereinbarung ebenfalls als unselbständiger Kalkulationsposten eines Gesamtgeltes verstanden werden.⁵⁰ Die gegenteilige Auffassung legt hingegen ähnliche Pauschalvereinbarungen strikt nach der Wortbedeutung i.S. eines

⁴⁰ Staudinger/Belling, s. Fn. 3, § 835 Rn. 15.

⁴¹ OLG Stuttgart v. 11.01.2001 – 13 U 140/00 Rn. 11, OLGR 2001, 207; LG Rottweil v. 28.10.2009 – 6 O 20/09 Rn. 73, 77 f., s. Fn. 26.

⁴² OLG Stuttgart v. 11.01.2001 – 13 U 140/00 Rn. 12 f., s. Fn. 41; LG Rottweil v. 28.10.2009 – 6 O 20/09 Rn. 68 ff., s. Fn. 26; vgl. Palandt/Grüneberg, s. Fn. 5, § 305 Rn. 39, allgemein zum Transparenzferdemis.

⁴³ Erman/Roloff, s. Fn. 8, § 307 Rn. 17; Palandt/Grüneberg, s. Fn. 5, § 309 Rn. 107.

⁴⁴ BVerfG v. 25.01.2011 – 1 BvR 1741/09 Rn. 70, ArbRB 2011, 67 = BGBl. I 2011, 362 = NJW 2011, 1427; v. 07.09.2010 – 1 BvR 2160/09, 1 BvR 851/10 LS 2 u. Rn. 34 ff., NJW 2011, 1339 = WM 2010, 2044; Jarass, in: Jarass/Piero, s. Fn. 7, Art. 1 Rn. 58, Art. 2 Rn. 4, 15 f.

⁴⁵ Palandt/Grüneberg, s. Fn. 5, § 307 Rn. 41.

⁴⁶ LG Wuppertal v. 14.02.1991 – 17 O 244/90 LS 1, RdL 1991, 294; Lauen, s. Fn. 38; Metzger, in: Lorz/Metzger/Stöckel, s. Fn. 3, § 29 Rn. 5; Stamp, in: Schuck, s. Fn. 3, § 29 Rn. 34.

⁴⁷ BGH v. 30.11.2000 – III ZR 151/00 LS u. Rn. 10, AUR 2001, 323 = MDR 2001, 262 = RdL 2001, 61; OLG Koblenz v. 13.05.2004 – 5 U 1476/03 Rn. 10 f., JE IX Nr. 149 = OLGR 2004, 609; OLG Stuttgart v. 11.01.2001 – 13 U 140/00 Rn. 4 f., s. Fn. 41; LG Rottweil v. 28.10.2009 – 6 O 20/09 Rn. 82, s. Fn. 26; LG Wuppertal v. 14.02.1991 – 17 O 244/90 LS 2, s. Fn. 46; Erman/Roloff, s. Fn. 8, § 309 Rn. 44; Schäfer, in: Ulmer/Brandner/Hensen, AGB-Recht, 11. A. 2011, § 309 BGB Rn. 17; a.A.: OLG Hamm v. 13.12.1994 – 7 U 151/94, NJW-RR 1995, 624, das eine kombinierte Regelung einer Wildschaden- und Verhütungspauschale insgesamt der Inhaltskontrolle des § 11 Nr. 5b AGBG a.F., nunmehr § 309 Nr. 5 BGB unterwirft; OLG Zweibrücken v. 10.02.1999 – 1 U 341/97, NJW-RR 2000, 137; Lauen, s. Fn. 26.

⁴⁸ Stamp, in: Schuck, s. Fn. 3, § 29 Rn. 35.

⁴⁹ BGH v. 30.11.2000 – III ZR 151/00 Rn. 10, s. Fn. 47; Stamp, in: Schuck, s. Fn. 3, § 29 Rn. 35.

⁵⁰ BGH v. 08.10.1998 – III ZR 278/97 Rn. 7, 21, 23, MDR 1999, 25 = NJW-RR 1999, 125 = RdL 1999, 7; OLG Koblenz v. 21.07.1999 – 1 U 220/98 Rn. 23, 25, AUR 2000, 190; Schäfer, in: Ulmer/Brandner/Hensen, s. Fn. 47, § 309 BGB Rn. 17.

³¹ OLG Düsseldorf v. 14.12.2006 – 10 U 103/06 LS 4 u. Rn. 33, OLGR 2007, 257, mit der Auslegung, dass der lapidare Hinweis auf die Wildschadenshöhe früherer Jahre ohne Ableitung von Annahmen für die Pachtzeit für eine Zusicherung nicht hinreichend bestimmt erklärt ist; vgl. Palandt/Grüneberg, s. Fn. 5, § 313 Rn. 25.

³² Erbeck/Haseder/Stinglwagner, Das Kosmos Wald- und Forstlexikon, 1998, S. 338; Seilmeier/Sperber, Jagdlexikon, 7. A. 1996, „Hauptbaumart“, S. 316; Thies, s. Fn. 4, S. 28; vgl. v. Pückler, s. Fn. 1 (114).

³³ Moog/Niebler, s. Fn. 25, S. 40.

³⁴ BGH v. 03.12.2009 – III ZR 139/09 LS u. Rn. 10 ff., MDR 2010, 383 (384) = RdL 2010, 104, m. Anm. v. Thies, AUR 2010, 325; BGH v. 22.07.2004 – III ZR 359/03 Rn. 12 f., 16, 19, AUR 2005, 225 = JE IX Nr. 147 = RdL 2004, 297; OLG Karlsruhe v. 05.08.2004 – 12 U 218/04 LS 1 u. Rn. 10, AUR 2005, 134 = RdL 2005, 39, und AG Walsrode v. 22.04.2003 – 7 C 531/02 LS, JE IX Nr. 133, alle zum feldmäßigen Spargelanbau als Freilandgewächs; LG Kleve v. 04.08.1995 – 6 S 443/94 LS, AUR 1996, 226, zu Kohlrabi, Buschbohnen; LG München II v. 27.11.1981 – 2 S 1816/79 LS 1, JE IX Nr. 36, u. LG München II v. 18.05.1976 – 6 S 1026/75 LS 3, RdL 1976, 210, Bendel, s. Fn. 3 (275), zum Hopfen; Konrad/Sauer, Rechtliche Grundlagen und Verfahren beim Wildschadensersatz, 5. A. 2009, S. 8 f. zählt Arznei-, Farb-, Tabak- und Gemüsepflanzen, nicht aber Mohn, Raps und Rüben zu den hochwertigen Handelsgewächsen.

³⁵ BGH v. 03.12.2009 – III ZR 139/09 LS u. Rn. 10 ff., s. Fn. 34.

³⁶ Vgl. v. Pückler, s. Fn. 1 (113).

³⁷ Thies, s. Fn. 4, S. 17.

³⁸ Bendel, s. Fn. 3 (274); Moog, in: Eisfeld/Huss/Oesten/Uerpmann/Volz, s. Fn. 25, S. 116; Schäfer, in: Eisfeld/Huss/Oesten/Uerpmann/Volz, s. Fn. 25, S. 125; Lauen, AUR 1991, 233 f., zu Wildschadensverhütungsklauseln; Moog/Niebler, s. Fn. 25, S. 10, 69.

³⁹ Metzger, in: Lorz/Metzger/Stöckel, s. Fn. 3, § 29 Rn. 5; Moog, in: Eisfeld/Huss/Oesten/Uerpmann/Volz, s. Fn. 25, S. 115.

pauschalierten Schadensersatzes aus und unterwirft sie der Inhaltskontrolle des § 309 Nr. 5 BGB.⁵¹ Einer Vereinbarung von pauschalierten Entschädigungssätzen zur Schälschädenberechnung, wie es z. B. das „Rosenheimer Modell“ vorsieht, kommt Schadensersatzcharakter zu; sie ist an § 309 Nr. 5 BGB zu messen. Die Frage ihrer Wirksamkeit wird sich wegen § 305 Nr. 5 b) BGB häufig in der Höhe der vereinbarten Entschädigungssätze stellen.⁵²

Umsatzsteuerrechtliche Fragen: Die Differenzierung zwischen Wildschadensverhütungspauschale und Schadensersatzzahlung setzt sich bei der Frage nach der Umsatzsteuerpflicht fort. Beim sog. echten Schadensersatz fehlt es am Leistungsaustausch i.S.d. § 1 I Nr. 1 UStG.⁵³ Schadensersatz wird nicht im Gegenzug für eine empfangene Leistung, sondern zum Ausgleich eines Schadens geleistet. Wenn und soweit Umsatzsteuer allerdings für den Geschädigten zur Zahlung angefallen ist, schließt Schadensersatz die Umsatzsteuer mit ein (§ 249 II 2 BGB).⁵⁴ Hat ein geschädigter Landwirt also von der Pauschalierungsmöglichkeit des § 24 UStG Gebrauch gemacht, ist ihm eine angefallene Umsatzsteuer zu erstatten.⁵⁵ Falls der Geschädigte indes zum Vorsteuerabzug berechtigt ist (§§ 15 I Nr. 1, 24 IV 1 UStG), besteht wegen der Vorteilsausgleichung keine Ersatzpflicht.⁵⁶

Sind Verpächter umsatzsteuerpflichtige Unternehmer i.S.v. § 2 I, III UStG, dann sind alle Zahlungen mit Entgeltcharakter, also auch die Zahlung von Wildschadensverhütungspauschalen, als steuerbare Umsätze (§ 1 I Nr. 1 UStG) zu qualifizieren, sofern der verpachtete Grund Teil ihres Betriebsvermögens ist.⁵⁷ Nach § 3 I BJagdG sind Grund und Jagdrecht untrennbar miteinander verbunden, so dass auch das Jagdausübungsrecht Teil des Betriebsvermögens wird.⁵⁸ Der Verpächter erbringt eine sonstige Leistung gem. § 3 IX 1 UStG. Diese ist nicht als sog. grundstücksgleiches Recht i.S.v. § 4 Nr. 12 a) UStG steuerbefreit.⁵⁹ Demzufolge ist dieser Verpächter für sämtliche Jagdpachtzahlungen nach § 14 II Nr. 2 UStG zur Ausstellung einer Rechnung mit USt-Ausweis zu derzeit 19% (§ 12 I UStG)⁶⁰ berechtigt, u. U. sogar verpflichtet. Der Jagdpachtvertrag kann dann gleichzeitig als Rechnung fungieren, wenn er die Pflichtangaben i.S.v. § 14 IV UStG enthält (§ 31 I UStDV).⁶¹

Die Pachtumsätze unterliegen nicht der Durchschnittsbesteuerung gem. § 24 I Nrn. 1, 3 UStG.⁶² Bei § 24 UStG handelt es sich um eine eng und EU-richtlinienkonform auszulegende Ausnahmevorschrift.⁶³ Im Hinblick auf Art. 25 der „Sechsten Richtlinie 77/388/EWG des Rates vom 17.05.1977 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem: einheitliche steuerpflichtige Bemessungsgrundlage“⁶⁴ sind deshalb bei Umsätzen eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebs nur die Lieferung land-

wirtschaftlicher Erzeugnisse und Dienstleistungen gemeint.⁶⁵ Die Verpachtung des Jagdausübungsrechts fällt nicht hierunter und unterliegt deswegen der Regel-, d. h. allgemeinen Besteuerung.⁶⁶

Falls keine Regelung zur Umsatzsteuer vereinbart ist, so gilt im Zweifel das Bruttoentgelt einschließlich Umsatzsteuer als vereinbart.⁶⁷ Für Letztverbraucher ergibt sich dies aus der ratio des § 1 I 1, II Nr. 1, III PAngV.⁶⁸ Die Zielsetzung der Umsatzsteuer, dass sie als Verbrauchssteuer den Letztverbraucher belasten soll, bleibt somit in der zivilrechtlichen Interessenabwägung aus Gründen der Rechtssicherheit und -klarheit unberücksichtigt.

Drittwirkung haftungsbeschränkender Vereinbarungen: Übernimmt ein Jagdpächter im Jagdpachtvertrag gem. § 29 I 3 BJagdG die Wildschadensersatzpflicht, erwirbt der Geschädigte einen unmittelbaren Anspruch gegen den Jagdpächter.⁶⁹ Wurde die Wildschadensersatzregelung im Jagdpachtvertrag z. B. auf andere Tierarten ausgedehnt, kann sich der Geschädigte gem. § 328 BGB als Dritter darauf berufen.⁷⁰ Wildschadensverhütungspauschalen oder andere Vereinbarungen, welche den Jagdpachtzins an die Jagdgenossenschaft betreffen, gelten andererseits nach der Auslegungsvorschrift des § 329 BGB im Zweifel nicht als echte Verträge zugunsten geschädigter Jagdgenossen als Dritte i.S.v. § 328 BGB.⁷¹

Wurde ein Wildschadensersatz i.S.v. § 29 I 1 BJagdG im Landpachtvertrag mit dem geschädigten Landwirt ausgeschlossen, wirkt dies mittelbar zugunsten eines Jagdpächters, der eine Wildschadensersatzpflicht im Jagdpachtvertrag übernommen hat, und kann von ihm als Einwendung erhoben werden (§ 767 I 1 BGB analog). Umgekehrt wirken in Landpachtverträgen vereinbarte Haftungserweiterungen wegen des Verbots von Verträgen zu Lasten Dritter nicht gegen den Jagdpächter.⁷²

IV. Schlussfolgerung für die Praxis

Für die Abwehr von Wildschadensersatzansprüchen spielen neben den gesetzlich vorgesehenen Einschränkungen der Zurechnungszusammenhang, Mitverschulden und Vorteilsausgleichung eine Rolle. Aus der Natur der Sache heraus treten in so manchen Verfahren Probleme bei der Beweisbarkeit von Schadensumfang und seiner Verursachung auf. Aufgrund der hohen Rechtsrisiken sind vertragliche Festlegungen zu Grund und Höhe einer Wildschadensersatzhaftung sehr zu empfehlen. Sofern sich ein Jagdpächter vertraglich zur Übernahme von Wildschadensersatz verpflichtet, unterliegen die vertraglichen Regelungen der Vertragsauslegung mit den entsprechenden tatrichterlichen Freiheiten in gerichtlichen Verfahren.⁷³ Eine Auswertung von Rspr. und Lit. zur Vertragsauslegung von Wildschadensersatzpauschalen ergibt vielfach ein uneinheitliches Bild. Der auf Rechtssicherheit bedachte Kautelarjurist sollte deshalb nur auf eindeutige Vertragsklauseln zurückgreifen. Falls also mit der vereinbarten Wildschadensverhütungspauschale gleichzeitig der Schadensersatz mit abgegolten sein soll, wird angeraten, eine Regelung zum Wildschadensersatz gänzlich zu unterlassen, um keine Auslegungszweifel etwa durch Abgeltungsklauseln aufkommen zu lassen.

⁵¹ OLG Hamm v. 13.12.1994 – 7 U 151/94, s. Fn. 47.

⁵² Moog/Niebler, s. Fn. 25, S. 32 f.

⁵³ BFH v. 30.06.2010 – XI R 22/08 Rn. 12, 14, BStBl. II 2010, 1084 = DStR 2010, 2184 (2185); BGH v. 18.05.2011 – VIII ZR 260/10 Rn. 11 f., DB 2011, 2084 = MDR 2011, 836 = UR 2011, 813 (815); Abschn. 1.3 I 1 UStAE; Bauer, in: Althöfer/Bauer/Eisele/Fichtelmann/Walter, Besteuerung der Land- und Forstwirtschaft, 6. A. 2009, Rn. 1556.

⁵⁴ Metzger, in: Lorz/Metzger/Stöckel, s. Fn. 3, § 29 Rn. 4; Stamp, in: Schuck, s. Fn. 3, § 29 Rn. 36, 42.

⁵⁵ OLG Hamm v. 28.06.1997 – 13 U 10/97 Anm. III. 3., NJW-RR 1998, 1115.

⁵⁶ Palandt/Grüneberg, s. Fn. 5, § 249 Rn. 26, 54.

⁵⁷ BFH v. 02.03.2006 – III ZR 383/02 Rn. 7, BeckRS 2006, 03594.

⁵⁸ BFH v. 22.09.2005 – V R 28/03 Anm. II. 2., BB 2005, 2677 = DB 2005, 2673 = DStR 2005, 1496.

⁵⁹ Bunjes/Heidner, UStG, 10. A. 2011, § 4 Nr. 12 Rn. 11; Zaisch, in: Leingärtner, Besteuerung der Landwirte, 21. Lfg. 2011, § 66 Rn. 41; vgl. EuGH v. 06.12.2007 – Rs. C-451/06 – Gabriele Walderdorff Rn. 18, DB 2008, 741 = UR 2008, 266 (267 f.).

⁶⁰ BFH v. 27.11.2003 – V R 28/03 Anm. III. 3., UR 2004, 208 (211); Abschn. 24.8. UStAE.

⁶¹ Abschn. 14.1. II UStAE; vgl. Otto, BRAK-Mitt. 2005, 67 (68).

⁶² Bunjes/Heidner, s. Fn. 59, § 24 Rn. 49; Stadie, UStG, 2009, § 24 Rn. 28, mit Verweis auf Art. 295 I Nr. 5 EG-Richtlinie 2006/112/EG v. 28.11.2006; Abschn. 2.11. XIX 2 UStAE.

⁶³ BFH v. 19.11.2009 – V R 16/08 Anm. II. 3. b), BStBl. II 2010, 319; v. 22.09.2005 – V R 28/03 LS 2 u. Anm. II. 3., s. Fn. 58; v. 25.11.2004 – V R 8/01 Anm. II. 2., BB 2005, 594; Stadie, s. Fn. 62, § 24 Rn. 6.

⁶⁴ ABl. Nr. L 145 vom 13/06/1977, S. 1.

⁶⁵ BFH v. 19.11.2009 – V R 16/08 Anm. II. 3. b), s. Fn. 59; v. 22.09.2005 – V R 28/03 LS 2 u. Anm. II. 3., s. Fn. 58; Bunjes/Heidner, s. Fn. 59, § 24 Rn. 49; vgl. Stadie, s. Fn. 62, § 24 Rn. 28; Abschn. 24.1. X 2 ff. UStAE.

⁶⁶ Vgl. Bunjes/Heidner, s. Fn. 59, § 24 Rn. 49; Stadie, s. Fn. 62, § 24 Rn. 6, 28; Abschn. 24.1. III, 24.6. II UStAE; i. Erg. ebenso Bauer, in: Althöfer/Bauer/Eisele/Fichtelmann/Walter, s. Fn. 53.

⁶⁷ BGH v. 02.12.2010 – V ZB 52/10 Rn. 12, MDR 2011, 350 = NotBZ 2011, 88; OLG Hamm v. 16.04.2007 – 15 W 308/06, NotBZ 2008, 79; OLG München v. 01.08.2007 – 20 U 2631/07, BeckRS 2007, 14750; OLG Zweibrücken v. 26.08.2008 – 3 W 14/08, NJW-RR 2009, 518 f.; Eckert/Maifeld/Matthiesen, Handbuch des Kaufrechts, 2007, 6. Kap., Rn. 1178; Grziwotz, DStR 1994, 1448 f.; Meven, in: Heussen, s. Fn. 26, Teil 5 Rn. 34; Honisch, UStB 2002, 39; Westermann, in: MK/BGB, 5. Aufl. 2007, § 433 Rn. 26 f.; Palandt/Ellenberger, s. Fn. 5, § 157 Rn. 13; Reinicke/Tiedke, Kaufrecht, 8. Aufl. 2009, Rn. 131; Wagner, in: Sölch/Ringleb, UStR, 63. Aufl. 2010, § 14 Rn. 367, 371.

⁶⁸ Eckert/Maifeld/Matthiesen, s. Fn. 67; Meven, in: Heussen, s. Fn. 26, Teil 5 Rn. 34; Reinicke/Tiedke, s. Fn. 67, Rn. 131; Wagner, in: Sölch/Ringleb, s. Fn. 67; Westermann, in: MK/BGB, s. Fn. 67, § 433 Rn. 27.

⁶⁹ BGH v. 05.05.2011 – III ZR 91/10 Rn. 15, s. Fn. 2.

⁷⁰ Thies, s. Fn. 4, S. 17.

⁷¹ LG Konstanz v. 13.01.1984 – 1 S 221/83 LS 3, JE IX Nr. 52; Lauen, s. Fn. 26.

⁷² Thies, s. Fn. 4, S. 17.

⁷³ Palandt/Ellenberger, s. Fn. 5, § 133 Rn. 30.